

Deutschland-Kaiserslautern: Technische Planungsleistungen
OJ S 123/2020 29/06/2020
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Kaiserslautern — Stabstelle IV.1 Zentrale Vergabestelle
Postanschrift: Lauterstraße 2
Ort: Kaiserslautern
NUTS-Code: DEB32 Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 67657
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@kaiserslautern.de
Telefon: +49 6313654432
Fax: +49 6313651628
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.kaiserslautern.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYEE1/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYEE1>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

EnStadt: Pfaff — Planungsleistungen Wärmeversorgung Pfaff-Areal
Referenznummer der Bekanntmachung: 2020/06-235

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71356400 Technische Planungsleistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Projekt EnStadt:Pfaff Kaiserslautern — Nahwärme Detailplanung Pfaffareal (Abwärmenutzung ACO für Versorgung ehemaliges Pfaff-Gelände).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71322200 Planung von Rohrleitungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB32 Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Stadtverwaltung Kaiserslautern Willy-Brandt-Platz 1 67657

Kaiserslautern Für die Planung der Varianten soll das Gelände zwischen ACO Guss GmbH (Am Gusswerk 8, 67663 Kaiserslautern) und dem nahe gelegenen Pfaff-Areal (Lina-Pfaff-Straße) untersucht werden.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Ausgeschrieben ist die Planung der Wärmeversorgung des Pfaff-Areals in Kaiserslautern mit einem Niedertemperatur-Wärmenetz mit einer Vorlauftemperatur von 40 Grad C, das primär durch die Abwärme einer Gießerei gespeist wird. Folgende Leistungen sollen vergeben werden:

1. Die Untersuchungen von 4 Trassenvarianten für die Zuleitung von der Gießerei zum Gelände,
2. Die Planung der Wärmeleitungen von der Gießerei und vom Anschluss an die Fernwärmeleitung zur Energiezentrale sowie die Leitungen zur Verteilung der Wärme an die angeschlossenen Gebäude in der ersten Bauphase bis zum Jahr 2021,
3. Die Planung der Leitungen des Wärmeverteilnetzes in der zweiten Bauphase,
4. Die Planung der Anlagentechnik (Technische Ausrüstung Wärmeleitung) in den Übergabestationen der Wärme und der Energiezentrale,
5. Die Planung von 3 Hausanschlussstationen, die mit Wärmeübertrager, Wärmepumpen und Wärmespeichern ausgestattet sind und zentrale gesteuert werden sollen,
6. Die TGA-Planung für die Energiezentrale (dem Gebäude dienend Anlagegruppen 1 bis 4),
7. Die Mitwirkung bei der Erstellung einer Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn als Besondere Leistung zu dem Ingenieurbauwerk Wärmeleitung in der Leistungsphase 3,
8. Die Erbringung von besonderen Leistungen bei der Bauoberleitung (LPH 8) Bauüberwachung der Wärmeleitungen in der ersten Bauphase und
9. in der zweiten Bauphase,
10. Die Planung der Gebäude zur Installation der Wärmeübergabestationen sowie
11. und (12) Die Planung eines Carports mit Photovoltaikanlage, der an die Energiezentrale angeschlossen wird.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 3

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“, siehe Ziff. I.3) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, Zahl der Beschäftigten in der genannten Fachrichtung, Anzahl und Qualität der Referenzen. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 34, § 43 und § 55 und HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 1 bis 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5 bis 7), Leistungsstufe 3 (LPH 8 und 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer

Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung bzw. eine aktuelle, schriftliche Bestätigung der Versicherung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit dem geforderten Versicherungsschutz (s. unten angegebene Mindeststandards) oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 2 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer/die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeiten einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr.1 VgV über den spezifischen Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Objektplanung Wärmeversorgung mit Technischer Ausrüstung Anlagentechnik). Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers/der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 3 000 000 EUR für Personenschäden und von mind. 500 000 EUR für sonstige Schäden und der geforderten zweifachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der Jahresumsatz brutto im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Objektplanung Wärmeversorgung mit Technischer Ausrüstung Anlagentechnik) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 150 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1, 2,3, 6, 8, 9, 10 VGV einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VGV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter (PL);
- der Bauleiter (BL).

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Bezeichnung der Baumaßnahme,
- b) Kurze und aussagekräftige Beschreibung der Baumaßnahme,
- c) Auftraggeber mit Namen und Anschrift,
- d) Baukosten,
- e) Erbrachte Leistungsphasen, Beginn und Abschluss LPH 8, Inbetriebnahme der Anlage(n),
- f) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis),
- g) Art der Maßnahme (Neubau, Erneuerung, Ausbau).

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl im Bereich Objektplanung Wärmeversorgungsanlagen (ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VGV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung er verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VGV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VGV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und -soweit bekannt — die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VGV).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor, Master) der Fachrichtung Bauingenieurwesen oder Versorgungstechnik und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der Bauleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor, Master) der Fachrichtung Bauingenieurwesen oder einer vergleichbaren Fachrichtung und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren in der jeweiligen Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen, davon mind. 3 Jahre Baustellenpraxis.

1. Bewerber/Unternehmen/Büro:

Mind. 1 Referenz über die Planung, LV-Erstellung und Bauoberleitung (LPH 2, 3 und 5-8 gem. § 43 HOAI und § 55 HOAI) für eine Wärmeleitung/Wärmenetz mit Technischer Ausrüstung Anlagentechnik (Neubau, Erneuerung und/oder Ausbau) mit Baukosten von mind. 500 000 EUR brutto für die entsprechende Maßnahme.

2. Projektleiter (PL):

Mind. 1 Referenz über die Planung, LV-Erstellung und Bauoberleitung (LPH 2, 3 und 5-8 gem. § 43 HOAI und § 55 HOAI) für eine Wärmeleitung/Wärmenetz mit Technischer Ausrüstung Anlagentechnik (Neubau, Erneuerung und/oder Ausbau) mit Baukosten von mind. 500 000 EUR brutto für die entsprechende Maßnahme.

3. Bauleiter (BL):

Mind. 1 Referenz über die Planung, LV-Erstellung und Bauoberleitung (LPH 6-8 gem. § 43 HOAI und § 55 HOAI) für eine Wärmeleitung/Wärmenetz mit Technischer Ausrüstung Anlagentechnik (Neubau, Erneuerung und/oder Ausbau) mit Baukosten von mind. 500 000 EUR brutto für die entsprechende Maßnahme.

Referenzprojekte des Bewerbers/des Unternehmens, des Projektleiters und des Bauleiters finden nur insoweit Berücksichtigung, insofern mit der LPH 8 nach dem 1.1.2015 begonnen wurde und die LPH 8 oder die Inbetriebnahme der Wärmeleitung mit TA Anlagentechnik zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2)) abgeschlossen ist. Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl im Bereich Objektplanung Wärmeversorgungsanlagen (ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) des Bewerbers in den letzten 3 Jahren muss mind. 1 Beschäftigte(r) betragen. Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierten Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 28/07/2020 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 11/08/2020

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Zuwendung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (FKZ: 03SBE112A) gemäß Förderbescheid der Stadt Kaiserslautern vom 28.11.2019
Bekanntmachungs-ID: CXU7YYDYEE1

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet-Adresse: <https://mwwlw.rlp.de>

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet-Adresse: <https://mwwlw.rlp.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften:

1. Die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen,
2. Die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Kaiserslautern — Stabstelle IV.1 Zentrale Vergabestelle

Postanschrift: Lauterstraße 2

Ort: Kaiserslautern

Postleitzahl: 67657

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@kaiserslautern.de

Telefon: +49 6313654432

Fax: +49 6313651628

Internet-Adresse: <http://www.kaiserslautern.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

26/06/2020